

Plan International Deutschland e.V.

S A T Z U N G

§ 1

Name und Sitz des Vereins

- (1) Der Name des Vereins ist
"Plan International Deutschland e.V."
- (2) Der Verein ist rechtlich selbständig. Er ist assoziiert mit "Plan International Inc.", eine nach dem Recht des Staates New York (USA) eingetragene, gemeinnützige Unternehmung mit Verwaltungssitz in New York, USA.
- (3) Der Sitz des Vereins ist Hamburg.
- (4) Der Verein ist am 5. Januar 1989 unter der Nr. 11978 in das Vereinsregister Hamburg eingetragen worden.

§ 2

Vereinszweck

- (1) Zweck des Vereins ist die Beschaffung von Mitteln zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen, Förderung des Katastrophen- und Zivilschutzes, der Hilfe für Flüchtlinge und der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel des Vereins ist es, bedürftigen Kindern, jungen Erwachsenen, ihren Familien und ihren Gemeinschaften zu helfen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre Fähigkeiten zu fördern, selbst einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Lebensgemeinschaft zu leisten. Dazu sollen ihnen wirtschaftliche Hilfsquellen, Bildung und berufliche Erfahrungen zur Verfügung gestellt bzw. ermöglicht werden. Der Verein will dabei auch durch Kontaktpflege zwischen Spenderinnen/Spendern und Empfängerinnen/Empfängern zu direkten Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft beitragen. Sein Ziel ist

es, die gegenseitige Verantwortung der Völker füreinander bewusst zu machen und sich dieser Verantwortung zu stellen. Neben der Zusammenarbeit mit Kindern, Familien und Gemeinden steht auch die Unterstützung ihrer Interessen gegenüber Gesetzgebern, Regierungen und Behörden im Fokus des Vereins.

Der Verein erkennt neben der auf Langfristigkeit angelegten Arbeit auch die Humanitäre Hilfe als sein Mandat an, und zwar über geeignete Maßnahmen der unmittelbaren Soforthilfe (Nothilfe), des mittelbaren Wiederaufbaus, sowie einer auf Nachhaltigkeit angelegten Katastrophenvorsorge.

Der Zweck des Vereins wird auch durch das planmäßige Zusammenwirken mit der Stiftung Hilfe mit Plan, der Stiftung Kinderhilfe mit Plan und der Stiftung Hilfe mit Plan Österreich und der PSG Plan Service gemeinnützige GmbH (PSG) verfolgt und ggf. in Zukunft mit weiteren Stiftungen. Mit der PSG besteht eine Kooperation gemäß § 57 Abs. 3 AO durch die Erbringung von zentralen IT-Serviceleistungen durch die PSG an Plan International Deutschland e.V. Die Leistungen der PSG Plan Service gemeinnützige GmbH erfolgen in Form von Entwicklung, Herstellung sowie Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen zum automatisierten Software- und Konfigurationsmanagement sowie in Form von sonstigen Beratungs- und IT-Dienstleistungen aller Art, insbesondere im organisatorischen und administrativen Bereich. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch das Einwerben von Spenden, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, und der Verein darf freigebige Zuwendungen jeder Art annehmen.

- (2) Der Verein wird seine Mittel
- a) mittelbar einsetzen, das heißt in Form einer Weiterleitung der Mittel, insbesondere an und in Zusammenarbeit mit „Plan International Inc.“, solange diese Empfänger ausschließlich mildtätige und/oder besonders förderungswürdige Zwecke im obigen Sinn verfolgen;

und/oder
 - b) unmittelbar, das heißt direkt in Projekte einsetzen, sowohl in den Plan Programmländern, in denen „Plan International Inc.“ im Sinne des § 2 Abs. 1 unterstützend tätig ist, als auch in Deutschland und anderen Ländern. Kon-

kret geschieht dieses durch die Durchführung von oder Beteiligung an Maßnahmen zur Beseitigung von körperlichen, geistigen, seelischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgesetzten Projekten zu Gunsten von im Sinne des § 53 AO hilfsbedürftigen Personen vor Ort oder die materielle und finanzielle Unterstützung solcher Maßnahmen.

Die Spenderin/Der Spender kann die Arbeit des Vereins (s. §2(1)) über regelmäßig wiederkehrende Beiträge für eine Patenschaft oder aber über Einzelspenden fördern.

Im Falle der Übernahme einer Patenschaft hat die Spenderin/der Spender die Möglichkeit, hierfür ein Land ihrer/seiner Wahl zu bestimmen. Macht sie/er hierzu keine Angaben, so wird die Entscheidung von Plan International Deutschland e.V. getroffen.

Im Falle einer Einzelspende kann die Spenderin/der Spender anhand einer ihr/ihm von Plan International Deutschland e.V. zur Verfügung gestellten Liste bestimmen, welches Land und im Rahmen welchen Projektes ihre/seine Spende verwendet werden soll.

- (3) Der Verein kann alle Geschäfte im In- und Ausland betreiben, die dem Vereinszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
- (4) Um die Erfüllung der Voraussetzungen für die Steuerbegünstigung des Vereins gegenüber der Steuerverwaltung nachweisen zu können, erfolgt die Weiterleitung der Mittel an „Plan International Inc.“ nur, sofern sich „Plan International Inc.“ verpflichtet, jährlich spätestens sechs Monate nach Abschluss eines jeden Geschäftsjahres die Verwendung der vom Verein erhaltenen Mittel für steuerbegünstigte Zwecke ausreichend nachzuweisen. Ergibt sich aus diesen Nachweisen, dass mit diesen Mitteln nicht ausschließlich die satzungsmäßigen Zwecke des Vereins verfolgt werden oder kommt "Plan International Inc." der Pflicht zum Nachweis nicht nach, wird die Weiterleitung der Vereinsmittel unverzüglich eingestellt. Bei Mittelweiterleitungen an andere steuerbegünstigte Organisationen gilt dasselbe.

- (5) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung und ist nicht auf Gewinn gerichtet.
- (6) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins; bei Aufgabe bzw. Verlust der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen.
- (7) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Mitgliedschaft

- (1) Der Verein besteht aus bis zu 50 ordentlichen Mitgliedern, bis zu 18 bestellten Mitgliedern, Ehrenmitgliedern und fördernden Mitgliedern. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind Personen, die die ordentliche Mitgliedschaft bis zum 24. Juni 2011 erhalten haben. Danach kann ordentliches Mitglied des Vereins werden, wer die Ziele des Vereins neben der Übernahme einer Patenschaft auch durch ein besonderes ehrenamtliches oder finanzielles Engagement unterstützt. Die zuzulassenden Personen sollen Politik und Gesellschaft repräsentieren.
- (3) Bestellte Mitglieder sind die gewählten Vertreterinnen/Vertreter der Aktionsgruppen der Bundesländer sowie zwei gewählte Jugendvertreterinnen/Jugendvertreter, die mindestens 16 Jahre und höchstens 24 Jahre alt sind und soweit sie nicht volljährig sind die uneingeschränkte Zustimmung der/des Erziehungsberechtigten zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts besitzen. Für die Jugendvertreterinnen/Jugendvertreter ist die Übernahme einer Patenschaft keine Voraussetzung für die Mitgliedschaft.

- (4) Förderndes Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die die Ziele des Vereins in außerordentlicher Weise und durch regelmäßige finanzielle Beiträge unterstützt.

§ 3a

Wahl der ordentlichen und fördernden Mitglieder

Ordentliche Mitglieder, soweit es sich nicht um Mitglieder handelt, die die Mitgliedschaft bis zum 24. Juni 2011 erhalten haben, und fördernde Mitglieder werden auf Vorschlag des Nominierungsausschusses durch die Mitgliederversammlung gewählt. Ein Anspruch auf Aufnahme in den Verein besteht nicht.

§ 3b

Wahl der bestellten Mitglieder

- (1) Die Aktionsgruppen der Bundesländer wählen für das jeweilige Bundesland eine Vertreterin/einen Vertreter als bestelltes Mitglied. Zugleich wählt der Jugendbeirat zwei Jugendvertreterinnen/Jugendvertreter. Die Vertreterin/der Vertreter und die Jugendvertreterinnen/die Jugendvertreter werden auf drei Jahre gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (2) Die Mitgliederversammlung erlässt eine Wahlordnung, die das Wahlverfahren innerhalb der Aktionsgruppen und des Jugendbeirates regelt.

§ 3c

Ernennung der Ehrenmitglieder

- (1) Ehrenmitglieder sind die Personen, die die Ehrenmitgliedschaft bis zum 24. Juni 2011 erhalten haben. Danach können Ehrenmitglieder des Vereins natürliche Personen werden, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben.
- (2) Sie werden durch die Mitgliederversammlung ernannt.

§ 3d

Rechte der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt an der Mitgliederversammlung teilzunehmen.
- (2) Den ordentlichen und den bestellten Mitgliedern steht das Stimmrecht zu. Dem/der Erziehungsberechtigten von minderjährigen Jugendvertreterinnen/Jugendvertretern als bestellte Mitglieder steht das Stimmrecht nicht zu; dieses steht allein den minderjährigen Jugendvertreterinnen/Jugendvertretern zu.
- (3) Aktives und passives Wahlrecht steht den ordentlichen und den bestellten Mitgliedern zu.

§ 3e

Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erfolgen und ist mit einer Frist von 3 Monaten in schriftlicher Form gegenüber dem Vorstand zu erklären.
- (2) Ein Mitglied kann nach vorheriger Anhörung durch den Vorstand aus wichtigem Grund, insbesondere bei Verstoß gegen die Interessen des Vereins, ausgeschlossen werden. Gegen den Beschluss des Vorstandes kann das betroffene Mitglied die Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragen, die spätestens innerhalb von 12 Monaten seit Beschluss des Vorstandes entschieden haben muss.

§ 4

Beiträge

Die Einführung von Mitgliedsbeiträgen und ihre Höhe beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 5

Vereinsorgane

Organe des Vereins sind der Vorstand, das Kuratorium, der Präsidialausschuss und die Mitgliederversammlung.

§ 6

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens 8, höchstens 12 Mitgliedern, jedoch bilden nur die/der Vorsitzende, die/der 1. stellvertretende Vorsitzende, die/der 2. stellvertretende Vorsitzende und die Schatzmeisterin/der Schatzmeister den geschäftsführenden Vorstand. Vorstand im Sinne von § 26 BGB sind die/der Vorsitzende und die Schatzmeisterin/der Schatzmeister; sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils allein. Die Mitglieder des Vorstandes müssen Vereinsmitglieder sein.
- (2) Der Vorstand wird jeweils für drei Jahre gewählt. Bei der Wahl kann für einzelne oder alle Mitglieder des Vorstandes eine kürzere Amtszeit bestimmt werden. Die Wiederwahl ist auch mehrfach zulässig. Die jeweils amtierenden Mitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit solange im Amt, bis ihre Nachfolgerinnen/Nachfolger gewählt sind und ihr Amt antreten können. Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ende seiner Amtszeit aus, so kann für den Rest der Amtszeit oder für eine abweichende Amtszeit bis höchstens drei Jahre eine Nachfolgerin/ein Nachfolger gewählt werden.

- (3) Der Vorstand wird durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden bzw. die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden mindestens viermal jährlich zu Sitzungen einberufen. Die Einberufung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zu erfolgen. In Eilfällen kann unter Verkürzung der Einberufungsfrist auf drei Tage auch mündlich, fernmündlich oder per E-Mail eingeladen werden.
- (4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Abwesende Vorstandsmitglieder können sich durch schriftliche Vollmacht, die auch zur Stimmabgabe berechtigt, durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. Die Vollmacht gilt jeweils für eine Sitzung. Ein anwesendes Mitglied kann jedoch die Vollmacht von nur zwei nicht anwesenden Vorstandsmitgliedern ausüben.
- (5) Bei Abstimmungen innerhalb des Vorstandes entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden. Die Beschlüsse des Vorstandes sind schriftlich festzuhalten und von der/dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.
- (6) Beschlüsse des Vorstandes können auch mündlich oder schriftlich gefasst werden, es sei denn, die Mehrheit der Vorstandsmitglieder widerspricht zuvor dieser Art der Beschlussfassung; über mündliche Beschlüsse ist von der/dem Vorsitzenden unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen.
- (7) Die Vorstandsmitglieder üben ihre Tätigkeit grundsätzlich ehrenamtlich aus. Notwendige Auslagen, die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben entstanden sind, werden auf Nachweis erstattet. Die Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung und die pauschale Auslagenerstattung sind zulässig. Der/dem Vorsitzenden des Vorstandes kann eine angemessene Vergütung gewährt werden. Die Gewährung sowie die Höhe der Vergütung werden im Einzelfall durch der/den Vorsitzenden des Kuratoriums gemeinschaftlich mit der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister festgelegt letztere/letzterer trifft gemäß § 6, Abs. 1 der Satzung die entsprechenden Regelungen mit der/dem Vorsitzenden des Vorstandes.
- (8) Der Vorstand ist berechtigt, seine Entscheidungen bis auf Grundsatzentscheidungen dem geschäftsführenden Vorstand zu übertragen. Ebenso kann er die

Führung der laufenden Geschäfte einer/einem oder mehreren Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern übertragen. Der Vorstand bleibt jedoch für die Amtsführung des geschäftsführenden Vorstands und der Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer der Mitgliederversammlung gegenüber verantwortlich. Die Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer führen die Geschäfte des Vereins gleichberechtigt und gemeinsam nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. Sie haben den vom Vorstand gefassten Beschlüssen, Planungen und Budgets sowie den Weisungen des Vorstands zu folgen. Der Vorstand legt den konkreten Geschäftsbereich der Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer und deren Vertretungsumfang im Innen- und Außenverhältnis fest. Die Geschäftsführungsmitglieder sollen für eine ausreichende Berichterstattung zwischen Geschäftsführung und Vorstand sowie für eine angemessene und transparente Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit sorgen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung von Plan International e. V.

- (9) Der Vorstand ist berechtigt, mit Zustimmung der Mitgliederversammlung Ausschüsse zu berufen, die Vorstand und Geschäftsführung bei ihrer Tätigkeit unterstützen.
- (10) Dem geschäftsführenden Vorstand des Vereins obliegt die jährliche Rücklagendotierung und –verwendung. Rücklagen dürfen gebildet werden, soweit es die Vorschriften des deutschen steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts zulassen.
- (11) Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, in der auch die Zuweisung von Aufgaben nach Absätzen 8 und 9 im Einzelnen geregelt werden kann.

§ 7

Kuratorium

- (1) Der Verein hat ein Kuratorium.
- (2) Die Mitglieder des Kuratoriums werden bis zu einer Höchstzahl von 30 Mitgliedern gewählt. Die Amtszeit der Kuratoriumsmitglieder beträgt jeweils drei

Jahre. Die Wiederwahl ist möglich. Die Mehrzahl der Mitglieder des Kuratoriums soll diesem jedoch nicht länger als 10 Jahre angehören. Die Mitglieder des Kuratoriums müssen Vereinsmitglieder sein. Das Kuratorium wählt seine Vorsitzende/seinen Vorsitzenden sowie bis zu zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter.

- (3) Das Kuratorium fördert den Satzungszweck und berät den Vorstand, insbesondere bei folgenden Aufgaben des Vorstandes:
 - Entwicklungspolitische Grundsatzpositionen und Strategien, Grundsätze der Projektförderung und Grundsatzfragen in der Beziehung zu Plan International Inc., insbesondere darauf bezogene Veränderungen des Vereinszwecks
 - Mittel- und langfristige Planung
 - Entsendung der Vertreter des Vereins in den internationalen Vorstand.
- (4) Zur Bewältigung seiner Aufgabe kann das Kuratorium Ausschüsse bilden, die an das Kuratorium im Ganzen berichten.
- (5) Die Kuratoriumsmitglieder sollen in einen fortlaufenden Dialog und Ideenaustausch mit den Aktionsgruppen ihrer jeweiligen Region treten und auf eine enge Kooperation mit diesen hinwirken.
- (6) Bei Abstimmungen innerhalb des Kuratoriums oder seiner Ausschüsse entscheidet jeweils die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden. Die jeweiligen Beschlüsse sind schriftlich festzuhalten und von der/dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.
- (7) Willenserklärungen des Kuratoriums oder seiner Ausschüsse werden jeweils durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und im Falle ihrer/seiner Verhinderung durch einen ihrer/seiner Stellvertreterinnen/Stellvertreter abgegeben.
- (8) Das Kuratorium trifft mindestens zweimal im Jahr zusammen. Die Einladung erfolgt durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Kuratoriums unter Angabe der Tagesordnung einen Monat vor der Sitzung. Bei der im Kalenderjahr zeitlich zweiten Sitzung soll das Kuratorium insbesondere über grundlegende Anliegen von Plan International Deutschland e.V., wie etwa entwicklungspolitische Grundsatzpositionen und Strategien sowie die Grundsätze der Projektförderung und Grundsatzfragen in der Beziehung zu Plan International, informiert

werden. Hierzu wird das Kuratorium seine Erfahrungen und Überlegungen einbringen. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde.

- (9) Beschlüsse des Kuratoriums können auch mündlich oder schriftlich gefasst werden, es sei denn, die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums widerspricht zuvor dieser Art der Beschlussfassung; über mündliche Beschlüsse ist von der/dem Vorsitzenden unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen.
- (10) Die Mitglieder des Vorstandes nehmen an der Sitzung des Kuratoriums teil. Der Vorstand ist zur Berichterstattung verpflichtet.
- (11) Den Mitgliedern des Kuratoriums werden Auslagen und Aufwendungen erstattet. Die Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung und die pauschale Auslagenerstattung sind zulässig.

§ 7a

Präsidialausschuss

- (1) Der Verein hat einen Präsidialausschuss, der aus fünf Mitgliedern besteht.
- (2) Die Amtszeit der Mitglieder des Präsidialausschusses beträgt jeweils drei Jahre. Die Wiederwahl ist möglich. Die Mehrzahl der Mitglieder des Präsidialausschusses soll diesem jedoch nicht länger als 10 Jahre angehören. Die Mitglieder des Präsidialausschusses müssen Vereinsmitglieder sein. Der Präsidialausschuss wählt eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden sowie bis zu zwei Stellvertreterinnen/Stellvertreter.
- (3) Der Präsidialausschuss sorgt für eine angemessene Überwachung des Vorstandes einschließlich einer Prüfung und Kontrolle der Verwendung der Vereinsmittel. Darüber hinaus hat der Präsidialausschuss die in diesem Paragraphen näher geregelten Kontroll- und Mitwirkungsbefugnisse. Der Präsidialausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung, in der die Kontroll- und Mitwirkungsbefugnisse konkret geregelt werden können.

- (4) Der Präsidialausschuss ist vom Vorstand über die grundlegenden Entwicklungen des Vereins und der Plan Service Gesellschaft (PSG) zu informieren. Soweit Belange des Vereins durch die Arbeit und Entwicklungen der Stiftungen betroffen sind, ist er auch hierüber zu unterrichten.
- (5) Der Präsidialausschuss vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich gegenüber den Vorstandsmitgliedern.
- (6) Der Präsidialausschuss beschließt nach vorheriger Beratung mit dem Kuratorium über den der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegenden Haushaltsplan und den der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegenden Jahresabschluss. Wesentliche Abweichungen im Haushaltsplan bedürfen seiner vorherigen Zustimmung.
- (7) Der Präsidialausschuss beschließt über eine/n unabhängige/n Abschlussprüferin/Abschlussprüfer gemäß §9 (3). Er hat das Recht, zusätzlich zur/zum unabhängigen Abschlussprüferin/Abschlussprüfer unabhängige Sachverständige zu berufen, um einzelne Sachverhalte der Buchungs- und Rechnungslegung prüfen zu lassen.
- (8) Über folgende Maßnahmen wird der Präsidialausschuss vorab informiert:
 - Bestellung der Geschäftsführungsmitglieder durch Beschluss des Vorstands;
 - die vom zuständigen Organ beschlossenen Geschäfts- und Wahlordnungen (mit Ausnahme der Geschäftsordnung für das Kuratorium).
 - Tagesordnungspunkte und Beschlussvorlagen von Plan International, die wesentliche Auswirkungen auf Aufgaben, Strukturen und Mitwirkungsrechte des Vereins haben.
- (9) Die folgenden Maßnahmen des Vorstands bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses:
 - Gründung und Errichtung von Unternehmen sowie Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Anteilen an Unternehmen,
 - Gewährung und Aufnahme von Darlehen und sonstigen Krediten, wenn die Kreditsumme im Einzelfall 1 Mio. EUR übersteigt,

- Übernahme von Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen und sonstigen Haftungen sowie Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten, wenn der Wert im Einzelfall 1 Mio. Euro übersteigt,
 - Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken, falls der Wert im Einzelfall 1 Mio. Euro übersteigt.
- (10) Bei Abstimmungen innerhalb des Präsidialausschusses entscheidet jeweils die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des Vorsitzenden. Die jeweiligen Beschlüsse sind schriftlich festzuhalten und von der/dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.
 - (11) Beschlüsse des Präsidialausschusses können auch mündlich oder schriftlich gefasst werden, es sei denn, die Mehrheit seiner Mitglieder widerspricht zuvor dieser Art der Beschlussfassung; über mündliche Beschlüsse ist von der/dem Vorsitzenden unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen.
 - (12) Willenserklärungen des Präsidialausschusses werden jeweils durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden und im Falle seiner Verhinderung durch ihre/seine Stellvertreterin/Stellvertreter abgegeben.
 - (13) Der Präsidialausschuss trifft mindestens dreimal im Jahr zusammen. Die Einladung erfolgt durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Präsidialausschusses unter Angabe der Tagesordnung einen Monat vor der Sitzung. Der Präsidialausschuss ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde. In Eilfällen kann unter Verkürzung der Einberufungsfrist auf drei Tage auch mündlich, fernmündlich oder per E-Mail geladen werden.
 - (14) Die Vorsitzende/der Vorsitzende des Vorstandes und die Schatzmeisterin/der Schatzmeister nehmen an der Sitzung des Präsidialausschusses teil. Der Vorstand ist zur Berichterstattung verpflichtet.
 - (15) Den Mitgliedern des Präsidialausschusses werden Auslagen und Aufwendungen erstattet. Die Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung und die pauschale Auslagenerstattung sind zulässig.

§ 8

Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung entscheidet über alle Angelegenheiten des Vereins, soweit die Entscheidung nicht durch diese Satzung einem anderen Organ übertragen worden ist. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
- Entgegennahme des Tätigkeits- und Geschäftsberichtes des Vorstandes
 - Entgegennahme des Prüfungsberichtes
 - Entlastung des Vorstandes mit einfacher Mehrheit nach der Zahl der Mitglieder bei Stimmenthaltung der Vorstandsmitglieder
 - Entlastung der Mitglieder des Präsidialausschusses mit einfacher Mehrheit nach der Zahl der Mitglieder bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Präsidialausschusses
 - Wahl des Vorstandes auf Vorschlag des Nominierungsausschusses oder auf Vorschlag von 10 % der stimmberechtigten Mitglieder
 - Genehmigung des Haushaltsplanes
 - Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins
 - Wahl der Kuratoriumsmitglieder auf Vorschlag des Nominierungsausschusses oder auf Vorschlag von 10 % der stimmberechtigten Mitglieder
 - Wahl der Mitglieder des Präsidialausschusses auf Vorschlag des Nominierungsausschusses
 - Wahl der drei weiteren Vereinsmitglieder des Nominierungsausschusses
 - Wahl der neuen ordentlichen und fördernden Mitglieder auf Vorschlag des Nominierungsausschusses
 - Ernennung der Ehrenmitglieder auf Vorschlag des Nominierungsausschusses
 - Wahl der Ombudsperson auf Vorschlag des Nominierungsausschusses

- Beschlussfassung über alle sonstigen der Mitgliederversammlung zur Entscheidung übertragenen bzw. vorgelegten Anträge. Antragsberechtigt sind in diesen Fällen die Mitglieder des Vereins. Anträge an die Mitgliederversammlung sollen mit ausführlicher schriftlicher Begründung spätestens 6 Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Sekretariat des Vorstandes eingereicht werden.
- (2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Geschäftsjahr des Vereins, möglichst im letzten Quartal des Geschäftsjahres statt. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Mitgliederversammlung kann eine Ergänzung der Tagesordnung beschließen.
- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist kurzfristig – ebenfalls schriftlich und unter Angabe der Tagesordnung - einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder unter Angabe der Gründe vom Vorstand eine solche verlangt oder das Interesse des Vereins dies erfordert, letzteres wird von dem Vorsitzenden des Vorstands und oder Vorsitzenden des Präsidialausschusses festgestellt.
- (4) Die Mitgliederversammlung wird von der/dem Vorsitzenden des Vorstandes bzw. bei seiner Abwesenheit von der/dem stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.
- (5) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Abwesende Mitglieder können sich durch schriftliche Vollmacht durch ein anderes Mitglied vertreten lassen. Die Vollmacht gilt nur für eine Versammlung. Ein anwesendes Mitglied kann jedoch die Vollmacht von nur zwei nicht anwesenden Mitgliedern ausüben.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte sämtlicher Vereinsmitglieder anwesend bzw. durch Vollmacht vertreten ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der fehlenden Mitglieder bzw. fehlenden Vollmachten beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (7) Bei Beschlussfassung bzw. bei fehlender Vollmacht entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit Gesetz und Satzung nicht etwas

anderes vorsehen. Stimmenthaltungen zählen nicht mit. Die Form der Abstimmung bestimmt die Versammlungsleiterin/der Versammlungsleiter. Die Abstimmung hat in schriftlicher Form zu erfolgen, wenn zwei Drittel der erschienenen Mitglieder dieses verlangen.

- (8) Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das von der/dem Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.
- (9) Beschlüsse der Mitgliederversammlung können auch mündlich oder schriftlich gefasst werden, es sei denn, die Mehrheit ihrer Mitglieder widerspricht zuvor dieser Art der Beschlussfassung; über mündliche Beschlüsse ist von der/dem Vorsitzenden unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen.
- (10) Den Mitgliedern des Vereins werden Auslagen und Aufwendungen erstattet. Die Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung und die pauschale Auslagenerstattung sind zulässig.

§ 8a

Nominierungsausschuss

- (1) Die Mitgliederversammlung bestellt einen Nominierungsausschuss. Der Nominierungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern und setzt sich aus der/dem Vorsitzenden des Vorstandes, der/dem Vorsitzenden des Präsidialausschusses und drei weiteren Mitgliedern des Vereins zusammen. Die Amtszeit der drei weiteren Mitglieder beträgt drei Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich. Vorsitzender des Nominierungsausschusses ist der Vorsitzende des Präsidialausschusses.
- (2) Der Nominierungsausschuss schlägt der Mitgliederversammlung zur Wahl vor:
 - den Vorstand
 - den Präsidialausschuss
 - das Kuratorium
 - die neuen ordentlichen und fördernden Mitglieder

- die Ehrenmitglieder
 - die Ombudsperson.
- (3) Er kann ferner jeweils aus der Mitte des Vorstands bzw. des Kuratoriums verdiente Mitglieder zu Ehrenmitgliedern bzw. Ehrenvorsitzenden des jeweiligen Organs wählen, die nicht stimmberechtigt sind und nicht auf die Zahl der Vorstandsmitglieder bzw. Kuratoriumsmitglieder angerechnet werden. Die Wahl bedarf der Zustimmung der Mitgliederversammlung.
- (4) Beschlüsse des Nominierungsausschusses können auch mündlich oder schriftlich gefasst werden, es sei denn, die Mehrheit seiner Mitglieder widerspricht zuvor dieser Art der Beschlussfassung; über mündliche Beschlüsse ist von der/dem Vorsitzenden unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen.

§ 9

Rechnungslegung

- (1) Das Geschäftsjahr des Vereins beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des darauffolgenden Jahres.
- (2) Über die Einnahmen und Ausgaben hat der Vorstand jährlich Rechnung zu legen.
- (3) Die Buchführung und Rechnungslegung ist von einer/einem unabhängigen Abschlussprüferin/Abschlussprüfer, die/der den wirtschaftsprüfenden oder steuerberatenden Berufen angehören muss, zu überprüfen.

§ 10

Ombudsperson

- (1) Dem Vorstand wird eine Ombudsperson (Ombudsmann/Ombudsfrau) beigeordnet. Über ihre Tätigkeit berichtet die Ombudsperson direkt an den geschäftsführenden Vorstand.

- (2) Ombudsperson wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit auf Vorschlag des Nominierungsausschusses für drei Jahre gewählt. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Die amtierende Ombudsperson bleibt nach Ablauf ihrer Amtszeit solange in ihrem Amt, bis eine Nachfolgeperson gewählt ist.
- (3) Eine Abberufung der Ombudsperson mit sofortiger Wirkung aus wichtigem Grund ist zulässig. Sie wird von der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Vereinsmitglieder ausgesprochen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere in schwerwiegendem persönlichem Fehlverhalten, Verletzung übergeordneter Interessen des Vereins und grober Verletzung der gebotenen Vertraulichkeit vor. Eine vorzeitige Amtsniederlegung aus persönlichen Gründen durch die Ombudsperson soll nach Möglichkeit nur mit Wirkung zur nächsten Mitgliederversammlung erfolgen, die über die Neubesetzung des Amtes beschließt.
- (4) Die Ombudsperson ist überparteilich und unabhängig. Die Ombudsperson ist die Vertrauensperson für die Mitglieder und für die Spenderinnen/Spender, die eine Patenschaft des Vereins übernommen haben. Die Ombudsperson soll bei Konflikten einen fairen Ausgleich zwischen den Spenderinnen/Spendern und dem Verein sowie dessen Mitgliedern, Organen und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern fördern. Die Ombudsperson ist für Compliance Angelegenheiten zuständig und achtet auf die Einhaltung von Verhaltensregeln und Organisationsstrukturen und die Bekämpfung von Korruption. Die Ombudsperson hat das Recht, ihre Tätigkeit innerhalb des Vereins sowie an eine interessierte Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die Ombudsperson hat hierbei die gebotene Vertraulichkeit sowie die übergeordneten Interessen des Vereins zu wahren.
- (5) In Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Ombudsperson ein Vorschlagsrecht für die Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Verein und den Spenderinnen/Spendern - insbesondere den Patinnen/Paten. Die Vorschläge der Ombudsperson werden von Vorstand und Geschäftsführung beraten, die hierbei Fachleute des Vereins heranziehen können.
- (6) Der Ombudsperson sind von den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und Organen des Vereins alle zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben erforderlichen

Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Ombudsperson hat bei allen Vorstandssitzungen Gastrecht.

- (7) Die Ombudsperson arbeitet ehrenamtlich.

§ 11

Satzungsänderungen

- (1) Über Satzungsänderungen beschließt die Mitgliederversammlung. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. Die vorgeschlagene Satzungsänderung ist in der Einladung zur Mitgliederversammlung mitzuteilen.

§ 12

Auflösung des Vereins

- (1) Über die Auflösung des Vereins entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen. Bei dieser Mitgliederversammlung müssen mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sein. Falls die erforderliche drei Viertel-Anwesenheit der Mitglieder nicht erreicht wird, ist eine erneute Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. In dieser Versammlung kann über die Auflösung mit einer Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Mitglieder entschieden werden. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt sein Vermögen an die Stiftung Hilfe mit Plan, Hamburg, die es unmittelbar und ausschließlich für ihre satzungsmäßigen Zwecke im Sinne des Plan International Deutschland e.V. verwenden, also insbesondere für mildtätige Zwecke sowie für Zwecke der Katastrophenhilfe, Flüchtlingshilfe und Entwicklungshilfe zu verwenden hat. Sollte diese dann nicht mehr bestehen, fällt das Vereinsvermö-

gen an eine andere zum Zeitpunkt der Auflösung bestehende steuerbegünstigte Körperschaft mit vergleichbaren Zielen, die von den Liquidatoren des Vereins zu bestimmen ist.

- (3) Die Liquidatoren sind die Vorstandsmitglieder, sofern die Mitgliederversammlung nicht etwas anderes beschließt.

§ 13

Schlussbestimmungen

- (1) Ergänzend gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den eingetragenen Verein.
- (2) Die Unwirksamkeit einzelner Satzungsbestimmungen soll auf den übrigen Satzungsinhalt ohne Auswirkung sein.
- (3) Der Vorstand ist in vertretungsberechtigter Zahl ermächtigt, durch Ergänzung oder Abänderung der Satzung vom Registergericht oder Finanzamt beanstandete Satzungsformulierungen entsprechend zu ändern, damit der Verein oder von der Mitgliederversammlung beschlossene Satzungsänderungen im Vereinsregister eingetragen werden und die Gemeinnützigkeit erlangt bzw. aufrechterhalten werden kann.
- (4) Soweit diese Satzung auf die Schriftform verweist, genügt auch die telekommunikative Übermittlung. Sitzungen aller Gremien, insbesondere auch der Mitgliederversammlung, können auch in ausschließlich digitaler Form stattfinden oder zusätzlich zur eigentlichen Versammlungsform die digitale Teilnahme ermöglichen, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Entscheidung hierüber trifft das jeweilige Organ/Organmitglied, das für die Einberufung zuständig ist, in der jeweiligen Einladung.

24.06.2022